



# Perspektiven der Preislenkungsmaßnahmen

von Max Häffiger.

Leiter der Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Mitglied des Bundesvorstandes und Reichswirtschaftsrates.

Die beschlossenen Maßnahmen der Regierung sind veröffentlicht. Vorher hatte eine Besprechung der Maßnahmen mit Vertretern der besonders in Frage kommenden Wirtschaftszweige und auch eine solche mit den Gewerkschaften stattgefunden. In der Besprechung mit den Gewerkschaften endete der Vortrag über die beschlossenen Maßnahmen mit der Erklärung, daß natürlich auch keine weitere Erhöhung der Reallohne möglich sei.

Die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft, die Notwendigkeit der Bekämpfung der Teuerung und die ungeheure Verantwortung, die sich auf die Schultern legt, gebietet eine sachliche Betrachtung der Dinge. Die Regierungsentschlüsse werfen folgende Fragen auf:

Warum ist mit der Anwendung der bereits vorhandenen gesetzlichen Zwangsmittel so lange gezögert worden?

Hat die Regierung die Kraft und den Willen, die Maßnahmen nicht nur anzukündigen, sondern wirklich konsequent und auf die Dauer durchzuführen?

Wird es überhaupt gelingen, die außerordentlich mächtigen entgegengesetzten Tendenzen in der Wirtschaft zu bändigen?

Und schließlich ist es richtig, daß die Stabilisierung von Lohn und Gehalt die unerlässliche Voraussetzung für die Erreichung des Zieles ist?

Die erste Frage beantwortet die Regierung in der Besprechung mit den Gewerkschaften mit der Auffassung, gesetzliche Zwangsmittel hätten den größten Wert, solange sie nur angeordnet und nicht angewandt zu werden brauchen. Darin liegt der Schlüssel für die parlamentarische Anwendung des Kartellgesetzes. Eine solche Betrachtung kann nur davon ausgehen, daß eine Notwendigkeit zur härteren Anwendung auf Grund des allgemeinen Geschäftsgebahrens der Kartelle bisher nicht vorgelegen habe.

Dem widerspricht dann aber die Tatsache, daß die Regierung jetzt auf einmal das Hauptgewicht auf die scharfe Anwendung des Kartellgesetzes legt. Wo liegt nun der Fehler? In der bisherigen Unterdrückung des Kartellwesens oder in der jetzigen Überhöhung der Wirksamkeit des geplanten Eingriffes von oben her. Die nächsten Wochen werden zeigen, welche offene und verdeckte Gegenwirkung das Vorgehen gegen die Kartelle auslösen wird.

Man muß sich doch darüber klar sein, daß die angeordneten Maßnahmen auf eine Vereinzeltung des Spielfeldes der freien Kräfte hinauslaufen, das erst zu den heutigen Zuständen geführt hat. Werden die Kräfte, die an der wirtschaftspolitischen Grundbestimmung der jetzigen Regierung besonderes Interesse haben, gewillt sein, ihr auch auf dem Wege einer gewissen Bindung dieser Art der freien Wirtschaft zu folgen, die zwar durchaus im Gesamtinteresse des deutschen Volkes liegt, aber den Gesichtspunkten der reinen Interzessionspolitik zuwiderläuft?

Es ist bezeichnend für die Lage, daß in diesen Tagen in der Deutschen Tageszeitung folgende Behauptung über die Eisenbahntarifiermächtigungen für Lebensmittel geführt worden ist. Man sieht also aus der oben abgehandelten Zollpolitik rückwärts die von der Arbeitnehmerseite vorhergesagten Konsequenzen.

Und nun der lohnpolitische Ausklang. Eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter ist unmöglich. Die Regierungsentschlüsse treten aber erst am 1. Oktober in Kraft. Für die Zwischenzeit hofft man auf eine moralische Wertaufholung des deutschen Volkes darstellen? Einfach die Verzichtleistung auf Abgeltung der bisherigen Teuerung. Die Preisbewegung hat dagegen noch einen nur moralisch beeinflussten Spielraum und die Regierungsmaßnahmen er-

streben in der Hauptsache nur die Verhinderung einer weiteren Teuerungswelle. Von den Arbeitnehmern wird verlangt, daß sie die bereits durch die Teuerungsercheinungen der letzten Wochen eingetretene Verringerung ihres Realeinkommens opfern. Eine Gewähr dafür, daß nun von dem anderen Teil, der die Preislenkung durchführen soll, auch wirklich die Gegenleistung erfolgt, besteht nicht, sondern nur eine Hoffnung, daß das gewünschte Teilergebnis erzielt wird. Damit wird das Einkommen des Arbeitnehmers in einem Augenblick stabilisiert, in dem es den allgemeinen Verhältnissen noch angepaßt werden müßte. Die Regierung findet sich also mit den jetzt in der Wirtschaft erzielten Gewinnspannen ab, obwohl sie diese Gewinnspannen selbst als Folge der Festhaltung an Inflationsgewohnheiten und vor allem der unzureichenden Ausnutzung der durch die abgeholene Zollpolitik geschaffenen Lage bezeichnete. Das Reichswirtschaftsministerium wies die Gewerkschaften in der Besprechung weiter selbst darauf hin, wie man früher von Wirtschaftsverbänden die preisverteuernde Wirkung von Umsatzsteuern erachtet habe, während man sich jetzt bei dem Verlangen, die beschlossene Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent in den Preisen erscheinen zu lassen, auf den Standpunkt stelle, das sei ja garnicht möglich, weil die Umsatzsteuer bisher vom Unternehmer bereits aus der Substanz bezahlt worden sei.

Das ist doch schließlich die wirtschaftspolitische Rechtsseite, daß durch eine Politik, die in einer Stabilisierung von unzutraglichen Löhnen und Gehältern geradezu die Voraussetzung aller Preislenkungsmaßnahmen erblickt, die Kaufkraft der Masse noch mehr zerstört wird. Zu dieser Erkenntnis ist als erste Wirtschaftsgruppe der Einzelhandelt gekommen.

Keine Schicht im deutschen Volke darf ihre Mitwirkung an der Bekämpfung ungelinder Preise von dem vorherigen Opfer einer anderen Schicht abhängig machen. Das Gebot der parlamentarischen und rationalen Wirtschaftsführung gilt für alle. Die Lösung liegt, aber nicht in einer willkürlichen Senkung des Lebensstandards der Massen, sondern in der planmäßigen, zeitigen Vervollkommnung unserer Produktionsfaktoren, der Ausmerzungen der besten lebensunfähigen Betriebe und in der endgültigen Verzichtleistung auf alle ungelunden Gespinnstereien, die heute dem Schimmelwitz der deutschen Wirtschaft darsellen. Ausregelt sich die Anpassung des Lohn- und Gehaltsstandes von selbst und dann schafft man auch wieder den leider verloren gegangenen Glauben an Sinn und Zweck eines Opfers.

## Der Fragesteller

**It's Dumheit oder Afsicht?** Ueber die Verfallensfeier, an der auch der Reichspräsident teilgenommen hat, steht man im „Alten Deutscher“.

In den frohtrotigen Kauen des Feiertages, Professor Pflanz, wurden aus der Kuchendubade von 1848 einige Vorküsse hineingetan. Sprach der Herr Pflanz dann, daß die Republik aus dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes hervorgegangen sei. — Solche Stillübungen könne nur ein Demokrat unwiderrspen hinnehmen usw. usw.

Das ist ein Irrtum, denn auch von Hindenburg ist ein Widerspruch nicht bekannt geworden. Freilich steht gegen das Hindenburg bei seiner Eidesleistung vor dem Reichstag und unter dem alten Banner von 1848 sich ausdrücklich für die Volkssouveränität, die, wie er betonte, die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslbens bildet, und die den tiefen Sinn der Verfassung darstellt, bekannt hat. — Will man nun im „Alten Deutscher“ noch nachträglich den Reichspräsidenten aplanzeln, oder ist man in Kreisen des „Alten Deutscher“ so dum, daß man die Bedeutung einer solchen Erklärung Hindenburgs nicht zu erfassen vermag? — Ueber beide Vorkommnisse müssen sich jene Leute doch furchbar geärgert haben.

rienbad zum Andenken an seine verstorbene Mutter gestiftet hat. Es heißt: „Malde sandbach“, und unter den zahlreichen Heiligenbildern und Sprüchen an Wänden und Altar verläuft sich inmitten des Marienbader „Gewühls“ ein schlichtes, feineswegs kunstvolles Gebild: „Malde sandbach“. Es mahnt:

„... Doch suche Trotz nicht im Gewühl, Rehr' ein ins eigene Herz!“

Die kleine deutsche protestantische Gemeinde Marienbads hat schwer zu kämpfen, um die nötigen Mittel für ein befehdendes Gehalt für Pfarrer und Küster aufzubringen. Eine Diapora inmitten der Herrschaft Roms; — und gerade die deutsche protestantische Kirche sollte und möchte hier im Grenzgebiet für das gefährdete Deutchtum stehen. Es ist Pflicht der deutschen evangelischen Kirchengemeinde, ihr zu helfen. Eine himmelsvolle Abendandacht in dem hübschen, den altchristlichen Basiliken nachgebildeten Kirchelein, bei Kerzenbeleuchtung, vom Vorgang aus Bachs wunderbarem Doppel-Violinconcert durchwoben, wird mir stets in Erinnerung bleiben.

Einen ergreifenden Augenblick in Marienbad bildet das Spielen des Chorals am Morgen morgens um 7 Uhr. Die Herzen entblößen das Haupt. Aber noch eine Spur von Ehrfurcht bleibt, bleibt stehen. Ein Moment der Eintracht und Sammlung inmitten des leichten Betriebes des Weltabades.

Sonderbar berühren die evangelischen Choräle — namentlich das Trübsal der Protestanten; — „O Herr, festo Burg ist unser Gott“ — in diesem zu vier Pünktel katholischen Lande. Herrscht der Geist von Sus hier doch noch nicht, als der Basiliken meinet. Die kleine deutsche evangelische Gemeinde mit ihren 150 Seelen scheint dem zu überwinden — Keine man es freigeigelt, Toleranzen, Interkonfessionalismus —; inmitten, trotz, vielleicht auch wegen des internationalen Bodepublikums bilden diese Choräle eine Brücke zwischen den Konfessionen und Reli-

Der deutschnationale Abg. Gerete hat nach einem Bericht der „Saale-Zeitung“ am 28. August in einer in Torgau abgehaltenen Versammlung u. a. auch die Stellung der Deutschnationalen zum Sicherheitspart behandelt. Hierbei soll Abg. Gerete erklärt haben, daß die Deutschnationalen der Kabinetspolitik nur soweit folgen könnten, wie dabei die Würde und Ehre des deutschen Volkes gesahrt werde. — Wir denken die Gelegenheit, um den Abg. Gerete daran zu erinnern, daß der Deutschnationalen Landesverband Passadig erklärt hat. Und wir erinnern den Abg. Gerete weiter daran, daß diese angeblich unwürdige Verzichtleistung die ausdrückliche Billigung und der deutschnationalen Reichstagsfraktion gefunden hat.

Beide deutschnationale Anfassungen über ein und denselben Akt stehen sich also völlig diametral gegenüber. Welche die richtige ist, hat Herr Abg. Gerete, nach dem Bericht der „Saale-Zeitung“ zu schließen, aber nicht gesagt. Ist das immer noch nicht spruchreif?

**Wit der Außenpolitik der deutschnationalen Regierung** sind auch die „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ in Halle höchst unzufrieden. Sie protestieren und verlangen:

1. Sofortige Rückgängigmachung des deutschnationalen Verzicht auf Esch-Vorbringen.
2. Sofortige Einlösung des deutschnationalen Versprechens, daß man den Kampf gegen die Schuldige amliereris energisch in die Hand nehmen werde.
3. Grundtätige Ablehnung des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund.

Das ist sehr manbar gesprochen. Und damit diese Entscheidung noch einen härteren Nachdruck erhält, hat man auch den „Werwolf“ und die „Jungmannschaft des Escharhorstbundes“ zu schreiben lassen. Es wäre interessant zu erfahren, wie das deutschnationale Kabinett über die außenpolitische Unreife dieser jungen Leute, die vielfach noch auf den Händen der Quina oder Quarta sitzen, denkt.

## Der Kleingärtner ein ausgezeichnetes Gänsefleisch.

Ein Beitrag zur Landbeschlusungsfrage. Landtagsabgeordneter Meindorf schreibt:

Im Anbetracht der Landwirtschafsstammer für die Provinz Sachsen und Anhalt steht im Heft 8 vom 25. Februar 1925 auf Seite 175 Frage 177: „Habe 10 Morgen Acker nahe am Dorfe. Von den 10 Morgen wird mir alljährlich ein halber Morgen von fremden Hühnern, Gänzen und Enten vernichtet. Was kann ich dagegen tun? Eineinnahme ist ausgeschlossen.“

In Heft 16 vom 22. April 1925 steht auf Seite 339 die Antwort: „Störung des Grundbesitzes durch fremdes Geflügel (Anwort auf Frage 177 Heft 8). Verpacken Sie von den 10 Morgen die am schlimmsten von den Gänzen angegriffenen Streifen als Schrebergärten. Die Pfläcker haben das größte Interesse, die Gänse fernzuhalten. Das Mittel ist erprobt und gut befunden.“

Mancher Kleingärtner könnte über diese Zumutung, als Gänsefleisch zu wirken, ungehalten sein. Immerhin ist die Verantwortung der provinziell-sächsischen Landwirtschafsstammer ein Beweis dafür, daß die Schaffung von Kleingärten an allen Orten, auch auf dem Lande, und zwar nicht draußen wie im Felde, sondern leicht erreichbar unmittelbar am Dorfe, eine Naturnotwendigkeit ist, die nicht ungelöst von den Grundbesitzern umgangen werden darf. — Hoffen wir, daß die Landwirtschafsstammer die Lehre daraus ziehen, die Schrebergärtenbewegung auf dem Lande bei der Landbeschlusung zu unterstützen.

gionen Marienbads. Diese Briefe scheint mir auch angeben in den Wahrzeichen an dem Kreuzbrunnen, das durch zwei Duersteine sowohl ein griechisches, wie ein lateinisches Kreuz bildet.

(Während ich diese Zeilen schreibe, schlägt in Stodholm der Weltkirchentongreß wils Gott noch weitere Brücken zwischen den getrennten christlichen Konfessionen. . . .)

Als ich einmal im Walde über dem Kreuzbrunnen stand, mir beim Anblick des Kreuzes höchstselbst Gedanken machend, richtete eine junge Tischelin, ein Karst, eine Frage ab mich. Sie verstand weder deutsch, noch eine der verschriebenen anderen Sprachen, die ich anzuwenden versuchte; ich wiederum hatte hier keinerlei Gelegenheit, michisch zu lernen. Schließlich verständlich war uns einigermassen durch Zeichen. Hätte sie mich verstanden, ich hätte ihr gesagt: „Nehmen Sie in einem Umkreise von nullen Kilometern in jedes Haus; wenn Sie nicht einen sächsischen Karst oder einen hieser verlesen Beanteten treffen; mit den heiligen Einwohnern werden Sie sich nicht verständlich! Und Sie glauben, dieses deutsche Land als Botschafter Ihres Staates selbst zu können? Wir Deutsche rufen nicht gegen Sie, wie Ihre Zeitungen rufen! Es wird keines Krieges bedürfen, das ich diese Amnator der Welt gefordert wird.“ Ich hätte sie gerne auf die aus den unruhigen Zeiten des Mittelalters kommenden deutschen Namen der beiden Dörfer, „Sichthür“ und „Giebach“ aufmerksam gemacht, um ihr das Alter der deutschen Sprache und Kultur in diesen Gegenden klar zu machen. . . . Böhmisches Dörfer!

Nache der Stelle, wo ich der jungen Tischelin alle diese Dinge nicht (oder nur in Gedanken) sagte, befindet sich der deutsche Heldenriedhof für die im Weltkrieg gefallenen Söhne Marienbads. Ein eingetauchtes Stützmal, in dem die Grabsteine verstreut liegen; in der

## Ferienlektion

Tagebuchblätter aus Deutsch-Böhmen.

Von

Fr. da Marie Gräfin zu Dohna.

Seeben fanden in Berlin die Tagung der Auslandsdeutschen, in Wien eine große Kundgebung des Bundes der älter christlichen Volksbünde statt. Die nachfolgenden Ausführungen möchten unseren Lesern das Gesicht der Subeten Deutschen, der bisher übersehenen Bewohner Deutsch-Böhmens, jener starken deutschen Minderheit in der heutigen Tschechoslowakei, näher bringen. Die folgende Erzählung wird hier in einem anderen Licht erscheinen, als auf der Tagung der Auslandsdeutschen.

Cafee Hochwald über Marienbad, Ende August 1925.

Vier Wochen strenger Kälte, 87 Glas Brunnen, 18 Mohr- und Iohanna-Bäder, ungefähre Kilometer Wanderungen, alle nicht gegessenen Suppen, Kartoffeln, Speisen, viel Regen, noch mehr gekochte Substitutions, unendliche Tanzmusik und — neun Pfund Fett liegen hinter mir. Ich bin heute heraufgewandert, um meine Nachtru hier zu genießen: Ruhe, Waldluft, Frieden!

Hier will ich denn einige Eindrücke aus diesem deutschen Lande festzuhalten fassen.

Nicht vor der „Am“ steht ein kleines hölzernes offenes Kapellchen, das der frühere Theaterrichter von Ma-

# H Aus Parlamenten und Parteien H

## Landbund und Völkische.

Das „Berliner Volks-Abendblatt“ meldet: „Durch die Politik des Landbundes und der Deutschnationalen ist die ungebührliche Teuerung erzeugt worden, die die Regierung zwar bekämpfen will, die aber jetzt schon von der Bevölkerung getragen werden muß. Die Völkischen sollen nun dafür sorgen, daß die Erörterung der breiellen Volksschicksal nicht gegen den Landbund und seine Geschlossenheit entfällt, sondern auf die Franzosen und Engländer, also auf das Ausland abgelenkt wird, daß ferner aber auch im Innern für die Teuerungspolitik des Landbundes die Völkischen war die finanzielle Summe von 150 000 Mark. Doch dem Minister ihrer innenpolitischen Offensivnote vom 1922, die in dem darauffolgenden Winter in einer Prognoseheft gepfeilt, mit traurigen Erfolgen, wie sie in Deutschland bis dahin niemals beobachtet worden waren, soll auch in diesem Jahre eine Propaganda entfaltet werden, um die Bevölkerung über die wahren Urheber der Teuerung aller Lebens- und Gebrauchsmittel hinwegzutäuschen.“

Zu gewissenleider nationalitätlicher Hege bezwungen die rechtsdrastischen Organisationen natürlich auch wieder die deutsche Note Bruns. So ist sich der Nationalverband Deutsche Offiziere klar, daß es „mit den Begriffen von Würde und Ehre der Nation nicht vereinbar“ sei, wenn Deutschland auch nur zu der geplatzten juristischen Konferenz eines Sachverständigen entlassen würde. Noch härtere Töne schlagen die Vereinigten Vaterländischen Verbände an, die der gesamten deutschen Außenpolitik in den Rücken zu fallen suchen, indem sie kurzweg den Verfall aller Frieden und alle folgenden „Diktator“, ebenso das Gesamtgutachten als „null und nichtig“ bezeichnen, jede Regierungshilfe, die zu entgegenkommenden Verhandlungen bereit ist, für „nicht mehr national“ erklären und die Ablehnung des Sicherheitspakt, des Eintritts in den Völkerbund, sowie der Entlassung und Aufnahme verlangen. Daß durch solche Entschlüsse nur ein Wasser auf die Mühlen der Nationalisten in den Entenländern geleitet wird, ist außer jeder Frage. Sie sind deshalb gerade gemeingefährlich und verhängnisvoll für das deutsche Volk. Freilich ist es auch in dem Zustande nicht unbekannt, daß hinter diesen so großartig auftretenden Organisationen nur ein ganz geringer Bruchteil des deutschen Volkes steht, und nicht gerade der beste. Was insbesondere die Vereinigten Vaterländischen Verbände anlangt, so sind sie nur ein Kopanz, der trotz seiner herausfordernden Sprache nicht die geringste Bedeutung verdient. Der Hauptmeister des Jugendbewegens Odens, Maubraun, also ein Mann, der die Verhältnisse genau kennt, hat neulich noch die Vaterländischen Verbände wie folgt charakterisiert: „Zählung bestand eine sog. Zentralstelle der Vaterländischen Verbände Deutschlands. Sie hielt sich durch die gelbliche Unterfertigung einzelner Geldgruppen, die letzten Endes auch Vorkämpfer seiner Zeitungen waren, welche die jugendliche Bewegung systematisch totschlugen. Es ist heute bekannt, daß die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ nur ein reines Firmenschild war. Aber jede Reklamation, welche dort gemacht wurde, durchliefte die gesamte Presse.“

Das kaiserliche Spiel der Deutschnationalen konzentriert sich auf der demokratische Abg. Dr. Kälz sehr treffend mit folgenden Worten: „Die jüngsten Veröffentlichungen aus den internen Kreisen der Deutschnationalen lassen darüber keinen Zweifel, daß es ihnen unendlich schwer wird, einzugehen, daß eine Politik der Verständigung das allein Mögliche ist. Es könnte einem ein künftiges Vergeben bereiten, die es Schlichter- und Gerichte mit anzu-

Mitte ein Kreuz. . . Sie sind zur Verteidigung ihres deutschen Landes hinausgezogen und gefahren. — was hat ihr Opferlohn genützt? Ihre Heimat ist dem tschechischen Staate einverleibt, ihre Brüder und Söhne müssen in der tschechischen Armee dienen. . .

Im Stadthaus zu Eger, das sowohl das Zimmer, in dem Wallenstein ermordet wurde, wie ein reiches Heimatsmuseum enthält, fiel mein Auge auf eine in einer Ecke stehende zusammengewürfelte Fahne. Ich entfaltete sie: schwarz-rot-gold, mit der Jahreszahl 1874. „Unsere deutschen Reichsfarben“, rief ich erfreut. „Deshalb dürfen wir sie jetzt nicht mehr zeigen“, sagte bitter der Führer.

Sie dürfen nicht, aber sie tun es doch! Beim deutschen Turnfest in Eger war fast jedes Haus beflaggt, und zwar ausschließlich mit unseren Reichsfarben. Bei den Volkstagen sowohl in Eger, wie in Marienbad und Jeksterverständlich in sämtlichen anderen hiesigen Orten, schwarz-rot-gold! Die Wälder des „Deutschen Volksschauplatzes“ in Marienbad waren mit Silbernen, Rändern und Schleiern in den deutschen Reichsfarben verziert; der Festplatz und die Bühnen über und über mit ihnen geschmückt. Drei große Banner beherrschten den Platz. „Aber diese Fahnen scheinen nicht neu zu sein“, logte ich zu einer Einheimischen; „sie sind sogar schon gefaltet.“ — „Selbstverständlich nicht“, erwiderte sie, „das sind ja unsere alten deutschen Fahnen, wir haben nie andere gehabt.“ Also schon unter Kaiserin Elisabeth diese Farben, und gar jetzt! Die tschechische Fahne erklärt man bei deutschen Versammlungen nirgends; schwarz-weiß-rot selbstverständlich auch nicht. Ich habe es nie so klar empfunden, wie hier in Deutsch-Böhmen, was unsere Reichsfarben, ganz abgesehen von ihrer historischen Bedeutung, für eine Zukunftsmission haben:

legen, die jetzt von den deutschnationalen Führern aufgeführt werden, um ihre Anhängerschaft über ihre außenpolitische Falschung im Innern zu lassen, wenn nicht als traurige Folge davon sich nun schon seit Monaten eine außenpolitische Unruhigbarkeit ergäbe. Die Deutschnationalen wollen keine Verständigung über die Sicherheitsfragen und wollen keinen Eintritt in den Völkerbund, aber sie bleiben in einer Regierung, die seit Monaten über die Frage Katen mit Frankreich verhandelt.“ Nachdem dann Abg. Dr. Kälz auf die Bemerkungen hingewiesen hat, die auch in Frankreich und England bezüglich einer aktiven Außenpolitik vorhanden sind, verlangt er von Deutschnationalen fröhliche eigene Initiative. Ein deutscher Außenminister, der den Mut und den Willen aufbringt, ohne politische Arbeitsanweisungen eine klare, durchsichtige, auf Verständigung eingestellte Politik zu treiben und mit einfachen Worten zu sagen, was er will, wird im Innern von deutschnationaler Seite jetzt noch kommenden Hemmungen nicht zu scheuen brauchen und wird nach außen England und Frankreich vor die Notwendigkeit stellen, sich ihrerseits zu klaren Entscheidungen bequemen zu müssen.“

## Das schlechte Gewissen der Nationalisten.

Die preußische demokratische Landtagsfraktion hat zum Kultusrat beantragt, das Staatsministerium möge auf Grund der Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes und des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Ursachen des Zusammenbruchs und der einschlägigen Kriegsliteratur eine kurze Broschüre herstellen lassen, in der die Vorgänge der letzten Kriegsmomente und die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen und sodann der Gang der auswärtigen Politik bis zum vorläufigen Vorkriegs- und die Verhandlungen über den Sicherheitsvertrag dargestellt werden; diese Broschüre solle allen Schülern zur Verfügung gestellt und zur Grundlage des Geschichtsunterrichts beim Staatsbürgerunterricht gemacht werden; endlich solle die Reichsregierung veranlaßt werden, in den anderen Ländern auf eine ähnliche Maßnahme hinzuwirken. Dieser Antrag hat es den Reichsparteien angehen. Denn würde er durchgeführt, so würde es mit der nationalitätlichen Verengung über die Gründe des deutschen Zusammenbruchs und über die politischen Ereignisse, die ihm folgten, ganz und gar aus sein. Das deutsche Volk, zunächst die Jugend, dann aber auch im Anschlag daran die ganze Bevölkerung, soweit sie immer noch unter dem Einfluß der angeblich „nationalen“ Märchenliteratur steht, würde auf Grund der Tatsachen und der amtlichen Dokumente die Wahrheit erfahren und das ganze Truggebäude einer gewissenlos geschichtlichen Litteratur würde elend zusammenfallen. Grund genug für die Herren von der Rechten, gegen den Antrag mit aller Gewalt Sturm zu laufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ beispielsweise nennt ihn kurzweg „lächerlich“ und unterstellt den Demokraten, daß sie keine objektive Belehrung der Schüler über geschichtliche Ereignisse, sondern Parteipolitik in der Schule treiben wollten. Warum so heilig? Die Akten über den Zusammenbruch und seine Wirkungen sind doch nunmehr abgeschrieben, ebenso liegt die Serie der deutschen Außenpolitik seit 1919 für jeden, der sich belehren lassen will, klar da. Daß aber gerade die geschichtlichen Ereignisse des letzten Jahrzehnts zu den Dingen gehören, die besonders für den heranwachsenden Staatsbürger am allerwichtigsten sind, dabei gar keine Rede. Die Parteipolitik haben bisher nur die Völkischen und Deutschnationalen mit ihren Jugendbänden, mit ihren Berufsvereinen und Schülern in die Schule getragen. Es ist erfreulich, daß der praktische Kultusminister Dr. Voder jüngst im preußischen Haushaltsansatz nachdrücklich verprochen hat, die Parteipolitik von der Schule fernzuhalten.

Sie sind das Symbol der Hoffnungen unserer deutschen Brüder und Schwestern in den ehemals österreichischen Ländern. Diese Fahne herunterholen, wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf Großdeutschland. Unter den Heidenbüschen Farben würde und könnte Deutsch-Österreich sich nicht bereinigt mit uns vereinen. Nie aber war der Anschlagwille auf beiden Seiten härter als jetzt. Das hat jedoch wieder die Wienfahrt des deutsch-österreichischen Volksschulbundes deutlich bewiesen. „Das ganze Deutschland soll es sein!“

Diese Gedanken erfüllen mich, als ich das Marienbader Volkstfest verließ. Da fiel mein Blick auf den Namen der Straße: „In den Trümpfen“. Der alte Turnort hätte sich über die hiesigen Trümpfen gefreut; er, dessen Bekanntheit lautet: „Mein Schicksal führt die Farben Schwarz-Weiß-Gold, und darauf steht geschrieben: Einheit, Freiheit, Vaterland!“

„Vater Jahn“, Hülfsleiter ich, „ich schäme mich, weil in Deutschland diese herrlichen Farben, obwohl es die reichste Nation der Welt ist, nicht mehr verwendet werden, — freilich nur von Toren und Parteiomanen. Hier, wo diese Farben verhoht sind, hier bekennen die Deutschen sich stolz zu ihnen!“ . . .

Es wird den Tschechen wenig nützen, daß sie auch die tschechische Sprache und „Tschodna Trida“ genannt haben; noch weniger, daß ihre Vorfahren weit deutsche Gebirge in Karlsbad mit tschechischen tschechischen, weil sie (vom deutschen Volkstest kommend) ihre Vorfahren tschechisch abtun wollten sich weigerten. Und wenn sie auf die Marienbader Bäder ge-

## Selbst die Deutschvölkischen schämen sich.

Es hat nicht geringes Aufsehen erregt, als neulich bekannt wurde, daß der Münchener Universitätsprofessor Dr. Otto vor einiger Zeit im „Frankfurter Kurier“ den Sozialisten und Demokraten vorwarf, sie hätten sich ihre Wahlkästen mit ausländischem Gelde auffüllen lassen, und daß er dann, von den demokratischen Führern Minister a. D. Koch und Dr. Fischer wegen Beleidigung verklagt sich dann äußerte, er habe gernicht die Deutsche Demokratische Partei, sondern die Nationalisten schließend gemeint. Diese Äußerung wurde entzerrt als das Gegenteil von Mannesmut betrachtet. Sogar die Deutschvölkischen fühlen sich veranlaßt, von Dr. Otto abzurufen, das „Deutsche Tageblatt“ des Abg. Wulle stellt fest, daß Dr. Otto parteitragend 1922 bei den Trennungsverhandlungen gerade zu denen gehört habe, die den Trennungsvertrag gegenüber der völkischen Bewegung durch ihr ganzes Verhalten scharf betonten. Es ist schließlich herzlich gleichgültig, ob Dr. Otto zu den völkischen Deutschnationalen oder zur Deutschvölkischen Partei gehört. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß offenbar die gemäßigtenverwandten Deutschvölkischen kein Vorgehen billigen.

Wie übrigens der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, hat, nachdem das Charlottenburger Amtsgericht die Privatklage der Herren Koch und Dr. Fischer gegen Dr. Otto zurückgewiesen hatte, das Landgericht auf Veranlassung des Vertreters der Privatkläger Dr. End das Verfahren wegen Beleidigung gegen Dr. Otto eröffnet.

## Die bauernfeindliche Deutsche Volkspartei.

Gegen den Gerichten wendet sich die Nat. Abg. Corr., das Organ der Deutschen Volkspartei, in einer Zuschrift an bäuerlichen Kreise. Es wird darin zur Richtigkeit landwirtschafter Beobachtungen nachgewiesen, daß vor dem Kriege geltende niedrige Getreidepreise den Anbau der Getreide in Deutschland nicht gefördert und auch der deutschen Landwirtschaft keine unrentablen Getreidepreise gebracht hat. Wörtlich heißt es in der Zuschrift: „Die Dinge liegen also nicht so, daß die Herabsetzung des Getreidepreises eine Verschmäherung der deutschen Kampfkraft bedeute, vielmehr war in den letzten Vorkriegsjahren eine Notlage vorhanden, die bei den Schweinen auf 6 Millionen Stück anzuwies und die ohne die Getreideimport für die Ernährung des deutschen Volkes von Anfang an gefehlt hätte.“ Dazu kommt dann noch eine durch vermehrte Viehhaltung ermöglichte starke Düngerezeugung, durch die wir beträchtliche Mengen an Kartoffeln, Futter, Brot und Futtermittel gewonnen hätten.“ Die Getreidepreissenkung steht deshalb auch einmütig auf dem Standpunkt, daß auch für Haferfrucht- und Getreidebau viel wichtiger ist der durch starke Viehhaltung vermehrte Düngervorrat als ein Zoll auf Futtermittel.“ — Das ist alles ganz schön und gut; aber jetzt hinterher, über den Getreidezoll zu lamentieren, nachdem man ihm im Reichstag zugestimmt hat, ist nicht gerade sehr ehrlich. Die Deutsche Volkspartei wird auch in dieser Beziehung wegen ihres Eingekommens gegenüber dem Großkonzernieren der Bauern als den Viehproduzenten Rechenschaft ablegen müssen und sie wird sich der Verantwortung für ihre bauernfeindliche Haltung nicht entziehen können.

Werbt neue Abonnenten! Gebt Adressen für kostenlose Probeleistungen auf!

maltsam entzigen, um sie zu scheitern, und sogar die von den deutschen Sozialdemokraten einberufenen Protestantengemeinden verließen; und wenn sie den Deutschen den anfänglich zugelegten Minister nicht gewähren: ihr Hauptziel werden sie nicht erreichen!

„Ob Fels und Erde spikieren, Wir werden nicht erzittern!“

So lautet die Lösung des „Bundes der deutschen Landjugend“ auf einem schwarz-rot-gold geschmückten Schilde in der Rainnühle im romantischen Buchtal. Und an der Volksschule in Wilkowitz steht in großer Schrift:

„An der Wahlprüfung sei — Deutsch und treu!“

Der Geist ist nicht umzubringen, der sich auch in zwei Gebieten im Hof des Wallenteinhauses fundiert. Beide stammen von Egerer Volkstagen, das erste vom 11. Juni 1897, und zwar von Felix Dohn, und lautet:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk Das höchste Gut des Volkes ist sein Recht, Das Volkes Seele lebt in seiner Sprache, Dem Volk den Recht mit seiner Sprache treu Hand uns der Tag, wird jeder Tag uns finden.“

Das zweite Gebälchen wurde ein Vierteljahrhundert später, am 9. Juli 1922, verfaßt, wie mir gelangt wurde, von einem Hochschullehrer; es ist ein erfreuliches Bekenntnis der heutigen Sudeten-Deutschen:

„Deutsch unre Sprache, Stille, Sinn und Art, So war es, und so ist es stets gewahrt, In Volk und Treue in fernem Volk gewahrt — So waren wir und bleiben es allzeit, Jun erlösen deutschen Geiste voll Vertrauen: So haben wir Mitdeutschlands Zukunft bauen!“

## Friedrich Weinhausen †

Nach tritt der Tod den Menschen an. Vor wenigen Tagen erst war Friedrich Weinhausen, der langjährige freimütige und demokratische Parlamentarier, der verdiente Herausgeber des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, von einem längeren Urlaub zurückgekehrt, von dem er für seinen geschwächten Körper mit Recht wärmere Erholung erhoffen durfte, und jetzt hat ihn ein tödliches Schicksal dahingerafft und seinen Namen aus der Mitte der Lebenden gestrichelt; am Freitag nachmittag ist er an Verschwämde verstorben, nachdem er noch zwei Tage vorher in gewohnter Treue den Anforderungen seines journalistischen Dienstes genügt hatte. Nur 58 Jahre sind Weinhausen, der am 19. Juli 1867 zu Mörnsleben in Kurheßen geboren wurde, an Lebenszeit beschieden gewesen, und es waren Jahre voller Mühe und Arbeit; aber trotzdem war sein Leben löslich, denn er wußte es einer hohen Idee, und er hatte die Befriedigung, daß seine Arbeit im Dienste dieser Idee nicht vergeblich war. Bestimmend für den Lebensgang Friedrich Weinhausens war die Freundschaft, die er bereits in jungen Jahren mit Friedrich Naumann schloß. Auch er gehörte zu dem Kreise jener jugendlichen Theologen, denen das Christentum vornehmlich praktische Arbeit, und zwar Arbeit in erster Reihe zugunsten der hilfsbedürftigen unteren Klassen war. So ließ er bald die engen Grenzen des Pfarrerberufes zurück und wählte sich als eifriger nationalsozialer Politiker den weitestgehenden, von Naumann gemeinten Zielen. Vor allem aber trieb es ihn mit warmem Herzen zu den arbeitenden Schichten, deren Los zu bessern er als seine vornehmste Aufgabe betrachtete. Mehrere Jahre hindurch leitete er die Redaktion der Naumannschen „Hilfe“, für deren Propagierung er Menschenwertes geleistet hat. Als Naumann den engen Rahmen der Nationalsozialen Partei sprengte und mit fühnem Schritt der Freimütigen Vereinigung beitrug, folgte Friedrich Weinhausen ihm; als Generalsekretär dieser Partei wie als Redakteur der „Nation“ war er instand, seinen Ideen in der Freimütigen Vereinigung festen Boden zu schaffen. Kurze Zeit war er sodann, als aus dem Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien die fortschrittliche Partei hervorging, einer der Generalsekretäre dieser Partei, um dann aber im Jahre 1911 den Beruf eines freien Schriftstellers zu ergreifen. Nach wie vor spielte die Politik bei ihm die Hauptrolle, und als er bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Siege zum Abgeordneten für Danzig gewählt wurde, einen Kreis, den er alsbald auch im Preußischen Abgeordnetenhaus vertrat, hatte er die volle Gelegenheit, auch auf die Gesetzgebung Einfluß zu gewinnen. Dieser Einfluß war umso größer, als er sich fast ausschließlich auf ein einzelnes Gebiet beschränkte, auf die Sozialpolitik, und hier bei seiner hervorragenden Sachkenntnis für seine Vorschläge auch bei anderen Parteien Beachtung fand. Danzig und mit dieser Stadt die ganze Provinz Westpreußen, vertrat Friedrich Weinhausen auch in der Deutschen Nationalversammlung; die Abtretung dieser Gebiete setzte seiner weiteren parlamentarischen Tätigkeit ein Ziel. Dafür vermochte er aber seinen Wirkungsbereich noch ein gut Teil weiter auszubehnen, dadurch, daß er als Herausgeber an die Spitze des 1920 gegründeten „Demokratischen Zeitungsdienstes“ trat. Die Verdienste, die er sich in dieser Stellung um die demokratische Sache erworben hat, können garnicht hoch genug gerühmt werden. Er hat hier für die demokratische Journalistik einen Mittelpunkt geschaffen, dessen tiefgreifende Einflüsse nach allen Seiten des Reiches ausstrahlten. Friedrich Weinhausen war ein edler Charakter, ein treuer Freund seiner Freunde, ein bereitwilliger Helfer für die Bedürftigen. Sein Andenken wird bei allen, die ihn kannten, stets lebendig sein.

### Beamtenfragen

**Kaufahrtsverbesserungen.** Die Kaufahrtsbeamten und Amtsgehilfen sind bei der Besoldungsregelung im Jahre 1920 besonders benachteiligt worden, indem ihnen nicht die ehemalige Würdigung durch Einstufung in die ihrer bisherigen Stellung entsprechenden Besoldungsgruppen er-

halten geblieben ist. Den zahlreichen Beschwerten soll nun in der Weise abgeholfen werden, daß von den vorstehenden Kaufahrtsbeamten 173 die Besoldung der Gruppe 6 erhalten. Es wird ihnen auch Gelegenheit gegeben, in die Aspiranten- und Sekretariatskassen überzugehen, um ihnen so das Weiterkommen zu ermöglichen. — In ähnlicher Weise soll auch den Amtsgehilfen die Möglichkeit des Aufstieges gegeben werden. Damit ist den wiederholten Anträgen der Demokraten im Reichstag zum Teil entsprochen worden, die unangesehnt für die genannten Verbesserungen gewirkt haben.

**Berichtsbeamte bei anderen Verwaltungen.** Es sind befanntlich beim Abbau der Verkehrsverbtrie Post und Eisenbahn zahlreiche Beamte zur Reichsfinanzverwaltung, die damals großen Personalbedarf hatte, übergetreten. Sie sollten nach den Arbeitsbedingungen nicht schlechter gestellt werden, als wenn sie bei ihren Stammverwaltungen geblieben wären. Anknüpfen wird auch bei der Reichsfinanzverwaltung abgehandelt und dabei werden in erster Linie die zugewanderten Berichtsbeamten betroffen, die sich dadurch benachteiligt fühlen. Aber die zahlreichen Beschwerten bereit fürzlich der Untersuchung des Reichstages, der in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzministerium nun beschloß, einen Teil der ehemaligen Berichtsbeamten an die Postverwaltung zurückzugeben und die Hälfte der verbleibenden ehemaligen Berichtsbeamten noch in diesem Jahre an den Aufstellungen der verbleibenden Besoldungsgruppen teilnehmen zu lassen. Die demokratische Reichstagsfraktion darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie sich nachdrücklich für diese Verbesserung eingesetzt hat.

### Mitteilungen

**Volksbühne in Halle.** Wir möchten alle Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß die Bekanntgabe der Spielpläne in den nächsten Tagen erfolgt. Die alten Mitglieder, die den Kartenumsatz noch nicht vorgenommen haben, werden ersucht, das Versäumnis rechtzeitig nachzuholen. Neuanmeldungen auf die Vorstellungen im Stadttheater (20 Schauspiel- und Opernaufführungen) werden täglich von 9—1 und 3—5 Uhr in der Gehäufschelle Brüderstraße 14 entgegengenommen. Gebühr 1,10 Mark. Besonderen Zutritt verdienen die Kammerpiele im Balltheater. Es gelangen fünf Werke von Ibsen, Gogol, Moreto, Zula usw. zum Preise von 5,00 Mark (in Karten von 1,00 Mark zahlbar) zur Aufführung. Außerdem weisen wir auf das Abonnement auf die Hauptproben der Stadt. Sinfonieconcerte hin. Wir bitten alle Interessenten, die Einzelmengen baldigt vorzunehmen. Neben diesen Hauptveranstaltungen finden zur Vervollständigung des Winterprogramms 1925-26 eine Reihe von Sonderveranstaltungen statt, jedoch jedem Kunst-, Theater- und Musikfreund, der Mitglied der Volksbühne ist und noch wird, ein sehr hochwertiges, erlebnisreicher Winter bevorsteht.

### Neue Bücher

**Prof. Charles Gide, Anfangsgründe der Volkswirtschaftslehre.** In H. Meyers Verlag, Halberstadt, ist jenseit ein kleines Büchlein „Anfangsgründe der Volkswirtschaftslehre“ des bekannten Fachler Nationalökonom Charles Gide in deutscher Uebersetzung erschienen (Preis 2,50 Mark). Der Verfasser will mit dem Büchlein nicht einen Abriss der Wirtschaftswissenschaft geben, sondern beschränkt sich darauf, den Ursprung und die Entwicklung der wichtigsten logischen Grundbegriffe aufzuzeigen. Das Werkchen ist anschaulich und leicht gefaßt und bringt sehr gute Beispiele. Es ist nicht in erster Linie für zünftige Volkswirte gedacht, sondern vor allem für alle diejenigen, die sich bisher noch nicht eingehender mit Volkswirtschaft beschäftigt haben. Trotzdem wird es auch jeder Studierende der Volkswirtschaft in den ersten Semestern mit Vorteil benutzen können. Nur hätte mit Rücksicht darauf, daß das Buch für weite Kreise bestimmt ist, der Preis etwas niedriger bemessen sein können.

Der Weg zum Erfolg führt durch das Wissen. Es genügt aber nicht, sein Wissen auf seinen Berufsbezirk zu beschränken, ein möglichst ausgebreitetes Wissen ist notwendig. Freilich kann kein Mensch den ganzen Wissensschatz in sich aufspeichern. Darum ist es dankbar zu begrüßen, daß der Kleine Brodhause, Handbuch des Wissens in einem Band, das Weltwissen in sich vereint; ein Griff und man hat, was man wissen will. Der Kleine Brodhause ist das reine Weltwissenbüro, das unparteiisch jeden dient, der es befragt. Durch die geniale Raumausnutzung gegenüber den größeren Aufstellungswerten seine füllbare Vertiefung des Stoffes eingetreten. Der Kleine Brodhause erweitert sich darum jedem als unentbehrlich. Um aber auf jedem die Anschaffung zu erleichtern, läßt der Verlag das Werk in zehn Lieferungen erscheinen, von denen die letzte uns bereits vorliegt. Während des Erscheinens der Lieferungen ist die Möglichkeit geboten, den Kleinen Brodhause zu einem billigeren Subscriptionspreis (jede Lieferung 1,90 Mark) zu beziehen. Diese Vergünstigung erlischt aber mit Ende September, und wir raten unseren Lesern, baldigst zuzugreifen. Die letzte Lieferung bietet wieder eine überreiche Fülle interessanten Stoffes in Wort und Bild. Wir machen z. B. auf die Uebersicht „Hauptdaten der Weltliteratur“ aufmerksam, die mit 3000 v. Chr. beginnt und mit den wichtigsten literarischen Erscheinungen den Gegenwart endet. Eine prächtige Probe, wie der Kleine Brodhause auch im Bild ganz unparteiisch über die Schöpfungen der Menschheit zu berichten versteht, sind die beiden Tafeln „Malerie“. Auf ihnen sind Darstellungen von dem frühesten Altertum und sogar aus der Eiszeit vereinigt mit Schöpfungen der modernsten Kunstströmungen, unter denen eine Vertiefung aus dem Karavaggio ausfällt. Ueberrall, wo man hinschaut, findet man metallenen Stoff in der neuesten Färbung. Auch diese Lieferung gibt die Uebersetzung, daß der Kleine Brodhause den Bogen abwärts und das Handbuch des Wissens ist, das uns Deutschen beweist, daß es aufwärts geht mit deutscher Arbeit und deutschem Geist.

verantwortlich für die Schriftleitung, Freda Marie Gräfin zu Dobna; für den Anzeigen- und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Dessau.

## Geradezu Wunder

wirkt oft Dr. med. G. Campe's Magenmittel „Stomano!“ bei Appetitlosigkeit, Sodbrennen, saurem Aufstoßen, Gefühl des Volleins in der Magenregion, Spannung und Beengung im Leibe, Atemnot, Magenkrampf, Magenschwüre, akuten und chronischen Magenkatarrh. Die Beschwerden und Schmerzen lassen in den meisten Fällen bald nach, schlechte Verdauung wird behoben, übermäßige Gasbildung verhindert, vorhandene Blähungen aus dem Körper geschafft.

**Lesen Sie, was Magenkranke schreiben:**

Ich bin vollständig wieder hergestellt und bin im Stande, auch die schwersten Speisen zu verdauen. J. B. Ulmerstadt, den 27. 7. 25.

Ich fühle mich nach der Einnahme von 2 Sendungen vollständig gesund und geheilt. Gleich nach dem Einnehmen einer Packung war schon eine Besserung eingetreten. J. K. Heidenstadt, den 2. 8. 25.

Sin durch Stomano völlig wieder hergestellt und kann die schwersten Speisen essen. M. A. H., den 8. 8. 25.

Solche Dankschreiben gehen zahlreich und unaufgefordert ein.

**Es gibt in der Tat nichts besseres für Magenkranke.**

Säumen Sie daher nicht, Dr. med. G. Campe's „Stomano!“ kennen zu lernen. Wir geben Ihnen Gelegenheit dazu, ohne daß Sie für den Versuch eine Pfennig auszugeben brauchen. Verlieren Sie keine Zeit, sondern schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Dr. med. G. Campe, G. m. b. H., Magdeburger-Neustadt, und Sie erhalten sofort kostenlos und franko eine Gratisprobe „Stomano!“ nebst einer interessanten Broschüre.

# Handelsminister Dr. Schreiber spricht heute (Sonntagabend), abends 8 Uhr im großen Thaliasaal.

**Zeitungsverkäufer**  
für den „Politischen Wegweiser“ für Provinzstädte im Regierungsbezirk Merseburg  
**gesucht.**  
Meldungen mündlich oder schriftlich an  
**Deutsche Demokratische Partei**  
Halle a. S. Leipziger Straße 21.

**Selbstbinder**  
reife Auswahl und moderne Farben, kariert und gestreift.  
Preisliste:  
Mk. 1.00 1.45 1.85 2.50  
2.85 3.50 3.95 4.50  
**Moritz Rosewitz**  
Halle S., Steinweg 7.

**Druckflachen**  
für jeden Bedarf liefern wir schnell, lauter und preiswert  
**Allg. Zeitung, Delitzsch**  
Halleische Straße 1

